

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postkassentonto: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Bestellgeld. — Einzelnummer 10, mit Illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Strau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischjähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagesblätter 35 mm breite Zeitspalt 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Neckenzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“, „Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage.

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisförmung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 33

Bad Schandau, Dienstag, den 9. Februar 1932

76. Jahrgang

Rikeriki und Regenwurm

Es war einmal ein stolzer Hahn, der fand auf der Wiese, die er eigentlich nicht betreten durfte, einen Regenwurm, der sich mühte, einen Unterschlupf zu finden. Diese Bewegungen des Regenwurms faßte unser Hahn als Bedrohung seiner Sicherheit auf und fraß ihn zur Hälfte. Dann erhob er ein großes Geschrei und lockte all seine Hühnerfrauen herbei, um ihnen zu erzählen, in welcher Gefahr er und sie sich angefangen dieses verstümmelten Regenwurms befänden. Ein Fuchs versuchte, den Streit zu schlichten. Der Hahn aber erklärte unter Hinweis auf eine ihm ausgefallene bunte Schwanzfeder: Bisher lebte ich ruhig und sicher auf meinem Hofe. Seitdem ich aber weiß, daß auf dieser Wiese in unmittelbarer Nachbarschaft meines Hofes dieser Regenwurm kümmerlich sein Leben fristet, seitdem ist es mit meiner Ruhe und Sicherheit aus.

Das ist ein lächerliches Märchen und doch kein Märchen. Am Montag hat in Genf die große Aussprache über die Abrüstungskonferenz begonnen. Sie ist bekanntlich die Frage: Sicherheit durch Abrüstung oder Rüstung zur Sicherheit klären. An erster Stelle sprach der englische Außenminister Sir John Simon. Er setzte sich entschieden für die Abrüstung ein, wobei er auf die rüstungspolitische Ungleichheit der Staaten hinwies und der französischen These entgegnet, daß der Friede der Welt durch Vorbereitung für den Krieg gesichert werden müsse. Die Rüstungsungleichheit muß auch nach englischer Auffassung bei den Staaten, die abgerüstet haben, immer mehr das Gefühl der Bedrohung durch den Nachbar stärken. Er nannte Rüstungen „das Symptom eines pathologischen Zustandes“ und bezeichnete es als Aufgabe des Völkerverbundes, die Welt von der Verzweiflung zu befreien. Auf die französische „Abrüstungsvorschläge“, die bekanntlich die Schaffung eines Völkerverbundes als Voraussetzung für die Organisation der allgemeinen Sicherheit fordern, ging der englische Vertreter nicht näher ein. Andererseits aber sieht er in dem von der vorbereitenden Abrüstungskonferenz aufgestellten Konventionentwurf eine Verhandlungsgrundlage. Nach seiner Meinung gebe es nur zwei Wege, eine wirkliche Rüstungseinschränkung herbeizuführen, nämlich entweder Höchstgrenzen der Rüstungen festzusetzen, oder aber gewisse Waffen und Kriegsmethoden durch internationale Vereinbarungen zu verbieten.

Dann bestieg der französische Kriegsminister Tardieu die Tribüne. Von Tardieu wissen wir aus seinem Buche „La Paix“, im übrigen aber durch seine Taten nach dem Kriege, daß er als getreuer Mitarbeiter Clemenceaus in Versailles die völlige Vernichtung Deutschlands erstrebte. Es ist ein Umling, von ihm zu erwarten oder zu verlangen, daß er in der Abrüstungsfrage einen Standpunkt einnimmt, der der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung entspricht. Er ist deshalb auch sofort dieser Forderung entgegengetreten, indem er erklärte, Gleichberechtigung sei nicht gleichbedeutend mit Gleichmacherei. Im übrigen spielte er die Rolle des französischen Rikeriki hervorstechend. Er vermied dabei auf eine Erklärung, die im Jahre 1919 von Großbritannien und den Vereinigten Staaten über die ungenügende Sicherheit Frankreichs abgegeben wurde. Er vergaß aber zu bemerken, daß diese Erklärung protokollarisch nicht festgehalten worden ist und daß Amerika es damals wie auch später entschieden abgelehnt hat, eine Bedrohung Frankreichs anzuerkennen und deshalb eine Garantie für seine Sicherheit zu übernehmen. Was sonst Tardieu vorbrachte, war nichts anderes, als was seit Wochen und Monaten in der französischen Presse systematisch propagiert wurde, nämlich die These von Frankreichs Opfern für den Frieden und von dem Umfang der bisherigen französischen Abrüstung im einzelnen nochmals auseinanderzulegen. Frankreich hat, wenn man den Worten Tardieus glaubt, immer für den Frieden gearbeitet. Deshalb versucht es offenbar auch eine besondere Auslegung des Artikels 8 des Völkerverbundes in dem Sinne, daß nicht so sehr die Abrüstung als vielmehr die Sicherheit darin gefordert werde. Zur Begründung seiner These glaubte Frankreich, auf die „drei Invasionen auf Frankreichs Boden“ in hundert Jahren verweisen zu sollen. Er hat die Zeitgrenze leider etwas enge gezogen, ganz abgesehen davon, daß er von „Invasionen“ spricht, die Frankreich mehr oder weniger selbst verschuldet hat. Stammen die zahlreichsten Ruinen am Rhein und in der Pfalz auch von „Invasionen auf Frankreichs Boden“? Tardieu vergaß, Richelieu's Expansionspolitik, Ludwigs XIV. und Napoleons Eroberungs politik in Vergleich zu stellen mit jener Politik, die auf Sicherheit der Grenzen, auf die Gleichberechtigung der Völker und auf die Festigung des Friedens gerichtet ist. Er vergaß ferner, an die „friedlichen Taten“ des französischen Reitergenerals M'elac zu erinnern, dessen Mordbrennereien in den Ruinen des Heidelberger Schlosses ein ewiges „Kulturdenkmal“ gefunden haben.

Es ist ein brutales Märchen, das vom Rikeriki und

Regenwurm, das sich heute, wo die Taten von Jahrhunderten und der letzten zehn Jahre offen vor aller Welt liegen, ernste Staatsmänner in Genf mit ernsten Mienen erzählen. Aber nicht daraus die Folgerung ziehen. Wie kann der zerschundene und zerrütete Regenwurm den französischen Hahn mit all seinen Basillenhühnern bedrohen? Und doch tut man so in Genf, als bestünde allen Ernstes eine solche Möglichkeit. Man müßte an der Vernunft der Menschen verzweifeln, wenn nicht endlich doch einmal die Einsicht sich durchsetzt und jenen Völkern ein entschiedenes Halt abietet, die in Wahrheit auch den letzten

Krieg entfacht haben und heute, da sie als „Sieger“ gelten, sich für ihre Vernichtungspolitik von den besiegten Völkern-Sklavendienste leisten lassen. Frankreich mag heute noch der Ueberzeugung sein, daß seine militärische Ueberlegenheit und seine finanzielle Macht imstande sind, die Welt zu regieren. Es soll sich nicht täuschen. So sehr die Völker aufeinander angewiesen sind, um wirtschaftliche Wohlfahrt und kulturellen Fortschritt zu sichern, so wahr ist aber auch die Jahrhundertalte Erfahrung, daß ein Volk, das sich gegen die Natur- und Kulturrechte anderer Völker verjüngt, dem Zorn der gefolterten Menschheit zum Opfer fällt.

Aussprache über die Abrüstung

Genf, 8. Februar.

Die allgemeine Aussprache der Abrüstungskonferenz wurde am Montagvormittag eröffnet. Der Sitzungssaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Aussprache eröffnete der englische Außenminister

Sir John Simon

Er führte folgendes aus: Die Unterzeichnerstaaten des Versailleser Vertrages hatten damals nicht angenommen, daß die erste Abrüstungskonferenz erst im Februar 1932 zusammentreten würde. Gleich nach dem Waffenstillstand, als noch alle die blutigen Wunden offen waren, war der Wunsch nach einer unverzüglichen Beseitigung des Risikos eines neuen Konfliktes durch Herabsetzung der nationalen Rüstungen allgemein. Aber die Schwierigkeiten waren so groß, daß es erst jetzt möglich gewesen ist, an die Arbeit zu gehen. Vielfach besteht die Auffassung, daß der Augenblick nicht glücklich gewählt sei, da während der Genfer Verhandlungen im Fernen Osten ernste Feindseligkeiten im Gange sind. Jetzt aber ist unbedingt die Zeit gekommen, die Abrüstung zu erklären. Je mehr die Jahre vergehen, um so schwerer wird es werden, die Abrüstung durchzuführen. Seit dem Waffenstillstand sind die Staaten auf dem Gebiete der Abrüstung sehr verschieden vorgegangen. Einige Staaten leben noch heute unter den ihnen in den Verträgen auferlegten Beschränkungen. Andere Staaten haben ein weitgehendes Rüstungssystem entwickelt, das ihren Auffassungen von ihren Pflichten und Notwendigkeiten entspricht und das anderer Art ist, als die Abrüstungsbestimmungen des Völkerverbundes vorsahen. Die Folge ist ein wachsendes Mißverhältnis der Rüstungen. Die Abrüstung zielt auf eine bestimmte Lösung hin. Obwohl die wirtschaftlichen Lasten der Rüstungen für die Steuerzahler heute außerordentlich groß sind, ist deren Erleichterung dennoch nicht der Hauptzweck.

Abrüstung bringt Sicherheit

Die Abrüstung muß in allererster Linie angestrebt werden als Methode zur Sicherung des Friedens und Begrenzung der Leiden und Risiken eines plötzlichen vernichtenden Krieges. In dieser Beziehung ist ein außerordentlicher Anschauung in der Welt festzustellen. Niemand glaubt mehr heute, daß der Frieden der Welt nur durch Vorbereitung des Krieges gesichert werden kann. Ein hoher Rüstungsstand ist heute kein Ersatz mehr für die Sicherheit. Im besten Falle kann er die Illusion der Sicherheit schaffen, wobei wieder auf der anderen Seite bei anderen Völkern das Gefühl der Unsicherheit geschaffen wird. Das Ideal, das angestrebt werden muß, ist die Sicherheit für alle. Diese Sicherheit hängt entscheidend von der Herabsetzung der Rüstungen ab. Andere Aufgabe ist es darum, jetzt die Welt von der Verzweiflung durch die Anwendung praktischer und energischer Maßnahmen zu befreien. Es besteht allgemein die Ueberzeugung, daß das große Ziel erreicht werden muß, daß die Zeit drängt und daß alle Schwierigkeiten überwunden werden müssen.

Herabsetzung der Heeresausgaben

Die Abrüstung kann durch zwei Methoden erreicht werden. Die eine ist die Festsetzung einer Höchstgrenze der Rüstungen, die andere liegt auf dem Wege eines internationalen Abkommens, das bestimmte Kriegswaffen und Methoden ausschließt. Für beide Methoden ist in Zukunft eine internationale Autorität notwendig, die die Einhaltung dieser Vereinbarungen sichert. Die englische Regierung setzt sich für die beiden Methoden ein und ist entschlossen, in loyaler Mitarbeit mit anderen Regierungen dieses Ziel zu erreichen. Die Grenze der Rüstungen muß so niedrig wie möglich gehalten werden. Die Konferenz muß der Welt den festen Willen zeigen, die Rüstungen auf das Mindestmaß möglich herabzusetzen. Eine Herabsetzung der Heeresausgaben um 25 v. H. ist unbedingt notwendig. Es ist weit zweckmäßiger, eine Höchstgrenze für die Rüstungen festzusetzen, die die Staaten unter keinen Umständen überschreiten dürfen, als eine allgemeine Grundlage zu schaffen, die den Staaten später doch neue Rüstungen ermöglicht.

Der englische Außenminister forderte sodann die Abschaffung der Unterseeboote, des Gaskrieges und der Bombardierungen aus der Luft. Gerade diese modernen Waffen, wie Gas, Flugzeuge und Unterseeboote, würden in einem zukünftigen Kriege gar nicht zu schildernde Auswirkungen nach sich ziehen.

Zu den Vorschlägen der französischen Regierung erklärte Simon, daß die Konferenz diese Vorschläge zweifellos gründlich und ernsthaft prüfen müsse. Die englische Regierung werde feststellen, wie weit darin praktisch durchführbare Vorschläge zur Herabsetzung der Rüstungen enthalten seien. Das Protokoll über das Verbot des Giftgases von 1925 sei bereits von 32 Staaten ratifiziert worden.

Simon empfahl weiter der Konferenz, die Ergebnisse der Washingtoner und Londoner Flottenkonferenz als die Grundlage der Verhandlungen anzunehmen. Die englische Regierung sei der Auffassung, daß diese Verträge einen bedeutungsvollen Beitrag zu der allgemeinen Abrüstung darstellen. Zum Schluß gab Simon kurz zusammengefaßt das

Abrüstungsprogramm Englands

bekannt. Die englische Regierung nimmt den vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten Abkommensentwurf als Grundlage der Verhandlungen an, ferner den Vorschlag in diesem Abkommen auf Festsetzung von Höchstgrenzen für die Rüstungen. Sie unterstützt den Vorschlag auf Schaffung eines ständigen Abrüstungsausschusses und verlangt die völlige Abschaffung der Unterseeboote, der Gas- und chemischen Kriegsführung. Die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht muß eingehend geprüft werden. Die englische Regierung verlangt aber zunächst praktische Maßnahmen, um zu einer Beschränkung der aktiven Truppenbestände zu kommen, ferner eine wesentliche Herabsetzung der allgemeinen Rüstungen.

Nach der französischen Uebersetzung der Rede Simons, dem während seiner Ausführungen verschiedentlich und am Schluß besonders lebhaft Beifall geklatscht wurde, bestieg

Frankreichs Kriegsminister Tardieu

die Rednertribüne. Tardieu betonte zu Anfang seiner Ausführungen, es sei Aufgabe dieser Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten. Dies könne aber nur unter vier Bedingungen erfolgen. Zunächst müsse die Sicherheit vorhanden sein, weiterhin müsse die Durchführung gemeinsamer Aktionen gewährleistet sein, ferner müßten die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Bedingungen, unter denen eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen erfolgen könne, seien je nach den Umständen verschieden. In diesem Zusammenhang erklärte Tardieu: Gleichberechtigung bedeute nicht Gleichmacherei (identité). Der Vertreter Frankreichs behauptete, man habe in den letzten 13 Jahren seit dem Abschluß des Versailleser Vertrages wenig

**Wer die Kandidatur
Hindenburgs
zur Reichspräsidentenwahl
befürwortet,**

zeichne sich in die Listen ein, die in unserer
Geschäftsstelle ausliegen.